Beschluss des Landrats vom 12.02.2026

Nr. 1553

2. Zur Traktandenliste 2026
2025/565; Protokoll: mko, gs

Landratspräsident **Reto Tschudin** (SVP) informiert, dass die Geschäftsleitung des Landrats die direkte Beratung von Traktandum 13 und die verbundene Beratung der Traktanden 45 und 46 beantragt.

://: Die Traktandenliste wird beschlossen.

– *Zur Frage der Dringlichkeit der Motion 2026/3519: Erhalt der vollen Patientenfreizügigkeit im GGR*

Der Regierungsrat ist mit der Dringlichkeit einverstanden, sagt Landratspräsident **Reto Tschudin** (SVP).

Stefan Meyer (SVP) hat die Ehre, im Namen der Fraktionen von SVP, FDP und Mitte zu sprechen. Man kann die Motion sicher politisch diskutieren. Sie erfüllt aber das Kriterium der Dringlichkeit nicht. Es besteht kein akuter Entscheidungsdruck und keine unmittelbare Gefährdung. Die Gesundheitsdirektoren der beiden Kantone stehen seit Jahren in intensiven Verhandlungen, was die GGR und deren Vollzug betrifft. Dringlich ist in diesem Zusammenhang nur, dass der Kanton Basel-Stadt sich von seiner eindimensionalen Sicht als USB-Eigentümer verabschiedet und endlich die gemeinsamen Ziele der GGR verfolgt und sich auch dazu bekennt – nämlich zur Kostendämpfung, zum Ziel der Wirtschaftlichkeit durch Planungssynergien und durch die Vermeidung von Überkapazitäten. Es sei empfohlen, die Dringlichkeit abzulehnen.

Urs Roth (SP) sagt, es gehe um die Überweisung eines Vorstosses – und nicht um eine Debatte. Die Überweisung ist dringlich, weil die beiden Regierungen Ende letzten Jahres bekannt gaben, dass sie ab 1.1.2027 bei der Ausgestaltung der Spitalliste 2.0 unterschiedliche Vergabekriterien zur Anwendung bringen wollen. Von einer «koordinierten» und nicht mehr von einer «gemeinsamen» Spitalliste ist die Rede. Für viele mag dies technokratisch klingen. Auf dem Spiel steht dabei aber die volle Freizügigkeit der Patienten im gemeinsamen Gesundheitsraum Basel-Stadt/Basel-Landschaft. Die Ära der identischen Spitallisten steht auf dem Spiel. Mit dem Vorstoss will der Redner erreichen – darum ist er dringlich eingegeben –, dass man nochmals Verhandlungen führt. Diese Kompetenz liegt bei der Exekutive. Es ist aber die Kompetenz des Parlaments, dies per Motion nochmals einzufordern. Es geht nicht um eine Vorwegnahme von bestimmten Ergebnissen. Es geht um die Frage, ob der Vorstoss überwiesen wird – weil es pressiert. Es gab eine Vernehmlassung zum Versorgungsplanungsbericht. Sie ist mittlerweile abgeschlossen. Es gibt Vernehmlassungsantworten etwa von der früheren FDP-Landrätin Saskia Schenker, die mittlerweile Direktorin von prio.suisse ist. Aus Versicherersicht fordert sie klar die Beibehaltung der vollen Freizügigkeit. Es gibt Vernehmlassungsantworten vom Dachverband der Spitäler, der die Beibehaltung der Freizügigkeit fordert.

Landratspräsident **Reto Tschudin** (SVP) bittet um ein Votum zur Dringlichkeit.

Darum ist es für **Urs Roth** (SP) legitim, die Verhandlungen nochmals einzufordern – als letzten Versuch, bis im Sommer solche Verhandlungen zu führen. Sonst geht die Umsetzung klar in eine andere Richtung – und die Ära der gemeinsamen Spitalliste mit der vollen Freizügigkeit ist am

1.1.2027 Geschichte. An die Adresse der Gegner der Dringlichkeit: Warum soll das Thema nicht am Nachmittag debattiert werden? Gibt es keine Argumente in einer solchen Debatte?

Landratspräsident **Reto Tschudin** (SVP) betont, dass es jetzt nur um die Dringlichkeit, nicht aber um die (allenfalls dringliche) inhaltliche Diskussion geht. Es geht um die dringliche Traktandierung und die Frage einer Diskussion am Nachmittag. Sonst wird der Vorstoss ordentlich traktandiert.

Stephan Ackermann (Grüne) sagt, die Dringlichkeit sei gegeben. Die Fraktion Grüne/EVP unterstützt dies. Dies muss nicht weiter erläutert werden. Es besteht offenbar Redebedarf. Die Gelegenheit am Nachmittag soll genutzt werden, indem der Dringlichkeit stattgegeben wird.
Die weiteren Dringlichkeiten werden ebenfalls unterstützt.

Tim Hagmann (GLP) sagt, der Zug habe den Bahnhof verlassen. Das ist der Grund für die Dringlichkeit. Man ist mit Vollgas unterwegs, dass die Patientenfreizügigkeit nach Basel-Stadt ab 2027 aufgehoben ist. Wenn man noch darüber diskutieren will, muss man das jetzt machen. Jede zweite Person aus dem Baselbiet entscheidet sich für eine Behandlung in Basel-Stadt. Es ist somit absolut angebracht, das Thema hier zu diskutieren. Man kann unterschiedliche Positionen haben. Wenn man die Interpellation aber nicht dringlich überweist, ist der Zug weg.

Lucia Mikeler Knaack (SP) sagt, sie befürworte die Dringlichkeit. Man muss jetzt – in der heissen Phase – entscheiden. Es geht um die Zukunft des Gesundheitswesens. Das muss jetzt und nicht in zwei oder drei Monaten diskutiert werden.

Roman Brunner (SP) sagt, es gebe klar eine Frist, die ablaufe. Das ist laut Geschäftsordnung des Landrats einer von zwei Gründen für eine Dringlichkeit. Am 1.1.2027 wird die neue Spitalliste in Kraft treten. Die Dringlichkeit soll darum unterstützt werden.

Roger Boerlin (SP) hat am «Stadtgespräch» mit Sven Inäbnit, Thomi Jourdan und Lukas Engelberger auf dem Podium teilgenommen. Dort kam der Redner betreffend Patientenfreizügigkeit «auf die Welt». Es wird sie ab 1.1.2027 nicht mehr geben, wenn es so weitergeht. Das ist nicht gewollt.

://: Mit 38:35 Stimmen bei 2 Enthaltungen wird die für Dringlichkeit nötige Zweitdrittelmehrheit von 50 Stimmen verfehlt.

– *Zur Frage der Dringlichkeit der Interpellation 2026/3521: Grundsatzfragen zur Zukunft des KSBL*

Der Regierungsrat, so sagt Landratspräsident **Reto Tschudin** (SVP), ist mit der Dringlichkeit einverstanden.

Urs Roth (SP) sagt, es gehe um eine Interpellation. Wenn sie am Nachmittag behandelt wird, kommt es zu einer Debatte über das Thema. Dieses brennt dem Redner ebenfalls unter den Nägeln. Er hätte sich ebenfalls einen rascheren Entscheidungsfindungsprozess gewünscht. Jetzt ist aber alles aufgegleist. Der Regierungsrat wird zum Thema eine Vorlage einbringen, die man in der vorberatenden Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission intensiv beraten wird. Viele der Fragen wurden in der Kommission bereits diskutiert. Das ist Gegenstand der weiteren Abklärungen. Es ist somit keine Kausalität zu sehen, die eine Dringlichkeit erfordern würden.

Dario Rigo (Die Mitte) bestätigt, dass viele Fragen in der Kommission beraten wurden. Wie die Dinge jetzt aufgegleist sind, lässt sich keine breite öffentliche Diskussion führen – weil die Informationen fehlen. Bald wird es eine grosse Spitalvorlage geben. Geplant ist die Bündelung von Eig-

nerstrategie, Standortentscheid und Finanzierung. Die Logik wird auf den Kopf gestellt. Anstatt dass der Landrat als Oberaufsicht zuerst die Strategie diskutiert, wird eine fertige Planung vorgelegt – und erst danach wird die Strategie angepasst. Wichtig ist aber, dass man jetzt Antworten erhält – damit die Öffentlichkeit bei einem solch grossen Generationenprojekt mitreden kann, bevor das fertige Projekt da ist. Für das Oberbaselbiet braucht es Klarheit über die Standortfrage bei den regionalen Gesundheitszentren.

Landratspräsident **Reto Tschudin** (SVP) bittet um die Begründung der Dringlichkeit.

Dario Rigo (Die Mitte) verdeutlicht, dass das Thema unter den Nägeln brennt. Es ist wichtig, dass jetzt Antworten geliefert werden.

Tim Hagmann (GLP) sagt, es gehe um ein wichtiges Thema. Der Regierungsrat ist bereit, die Dringlichkeit entgegen zu nehmen. Man kann das Thema darum dringlich behandeln.

://: Mit 52:24 Stimmen bei 1 Enthaltung wird der Dringlichkeit zugestimmt. Das Zweidrittelmehr von 51 Stimmen ist erreicht.

– *Zur Frage der Dringlichkeit des Postulats 2026/3532: Verkehrsprävention in der 3. Sek sicherstellen*

Der Regierungsrat ist mit der Dringlichkeit einverstanden, so Landratspräsident **Reto Tschudin** (SVP).

://: Der Dringlichkeit wird stillschweigend zugestimmt.

– *Zur Frage der Dringlichkeit des Postulats 2026/3520: Chancengleichheit bei der Verkehrserziehung im Kindergarten*

Der Regierungsrat ist mit der Dringlichkeit einverstanden, erklärt Landratspräsident **Reto Tschudin** (SVP).

://: Der Dringlichkeit wird stillschweigend zugestimmt.

– *Zur Frage der Dringlichkeit des Postulats 2026/3537: Verkehrsinstruktion im Kindergarten sicherstellen*

Der Regierungsrat anerkennt die Dringlichkeit, sagt Landratspräsident **Reto Tschudin** (SVP).

://: Der Dringlichkeit wird stillschweigend zugestimmt.